



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Kurt Luttenberger

Dienstag, 13. Mai 2014

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am 15. Mai 2014

An Herrn Stadtrat DI Dr. Gerhard Rüschi!

Betrifft: Grazer Parkraumservice - Personalsituation

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Das Grazer Parkraum Service (GPS) zählt zu den wenigen „cash cows“ der Stadt Graz, deren Einnahmen direkt budgetwirksam sind. Derzeit arbeiten rd. 180 Kolleginnen und Kollegen, die laut Dienstvertrag, ausgesellt durch die „GPS Grazer Parkraum Service Personalbereitstellung GmbH“, überwiegend in einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis im Ausmaß zwischen 16 und 36 Wochenstunden beschäftigt sind. Der Rest der jeweiligen Monatsbezüge setzt sich aus sog. „variablen Entgeltsbestandteilen“ bzw. „außerkollektivvertraglichen Zulagen, Mehrverdiensten oder Spesen“ zusammen und kommt getrennt zur Auszahlung. Aber gerade dieser „Rest“ ist es, der für die Belegschaft das „Einkommen zum Auskommen“ ist. Fatal ist dieser Umstand z. B. im Falle eines Krankenstandes, weil das Einkommen dann auf das vereinbarte Grundentgelt zurückfällt. Gewerkschaftsmäßig sind die Kolleginnen und Kollegen beim GPS bei der Fachgewerkschaft „VIDA/Bewachung“ organisiert.

Die geschilderte Art der Einkommensgestaltung erzeugt beträchtliche Unruhe und Unzufriedenheit in der KollegInnenschaft beim GPS. Dazu kommt, dass beim GPS offenbar keine Teamsitzungen bzw. keine wirklichen Dienstbesprechungen für die DienstnehmerInnen üblich sind.

Die Stadt Graz, das „Haus Graz“ bemüht sich – siehe auch die ständige Diskussion in diversen Ausschüssen – um nachvollziehbare ethisch-moralische Ansätze. Dies wäre ein guter Weg und muss bei unseren Beschäftigten, die sich, egal ob personell ausgelagert oder nicht, tagtäglich für das Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger einsetzen, erst recht seine Gültigkeit haben.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsclub stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, daher die

Frage:

Was gedenken Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, zu unternehmen, um die geschilderte Situation für die Beschäftigten beim GPS zu verbessern?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. Robert Krotzer

Dienstag, 13. Mai 2014

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am 15. Mai 2014

An Herrn Stadtrat Mag. (FH) Mario Eustacchio

Betrifft: **Abstellplätze für Motorräder**

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Laut „Kleiner Zeitung“ vom 24. April 2014 sollen in der Innenstadt mehrere für motorisierte Zweiräder ausgewiesene Parkplätze geschaffen werden. Dieses begrüßenswerte Ziel soll einerseits durch die Entfernung von PKW-Abstellplätzen und andererseits durch die Wegnahme von Fahrradabstellplätzen geschaffen werden. In einem offenen Brief hat ARGUS Steiermark festgestellt, dass die Streichung von Fahrradabstellflächen kein positives Signal im Sinne einer Radverkehrsförderung darstelle und darauf hinwies, dass ein PKW-Stellplatz für fünf motorisierte Zweiräder ausreiche, bei der angestrebten Umwandlung von Fahrradparkplätzen in Stellplätze für motorisierte Zweiräder dagegen jeweils zwei Stellplätze für Fahrräder verlorengehen würden.

Aus den genannten Gründen stelle ich an Sie folgende

Frage:

Wie viele Fahrradparkplätze und wie viele PKW-Abstellplätze werden im Zuge der Realisierung der geplanten Maßnahme insgesamt durch die Errichtung von Stellplätzen für motorisierte Zweiräder in der angedachten Form verlorengehen?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Christine Braunersreuther

Dienstag, 13. Mai 2014

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am 15. Mai 2014

An Frau Stadträtin Dr.ⁱⁿ Martina Schröck!

Betrifft: **Evaluierung Sozialraumorientierung**

Sehr geehrte Frau Stadträtin!

In jüngster Zeit mehrt sich die Kritik von wissenschaftlicher Seite an dem Konzept der Sozialraumorientierung, wie es bis Ende 2014 in Graz im Probebetrieb geführt wird. Ein Bericht von Prof. Dr. Höllmüller von der FH Kärnten sowie die Aussagen von Hofrat FH-Prof. Mag. Dr. Klaus Posch von der FH JOANNEUM legen den Verdacht nahe, dass mit der Evaluierung des Konzepts durch Vincent Richard vom Institut Viasozial ein Gutachten erstellt wurde, das nicht den wissenschaftlichen Evaluierungskriterien entspricht, um dieses „neoliberale Einsparungsmodell, das uns als fachliche Innovation verkauft wird“ (Zitat Höllmüller) über die Pilotprojektphase hinweg fortsetzen zu können.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsclub stelle ich Ihnen, Frau Dr. Martina Schröck, daher die

Frage:

Können Sie darstellen, warum der Evaluierungsauftrag von der FH JOANNEUM abgezogen und nach welchen Kriterien er an Viasozial vergeben wurde und welche Kosten in diesem Prozess entstanden sind?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

Dienstag, 13. Mai 2014

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am 15. Mai 2014

An Herrn Stadtrat Mag. (FH) Mario Eustacchio

Betrifft: Fußgeherunterführung Wiener Straße/Peter-Tunner-Straße/Kalvariengürtel

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

In einem Artikel in der Kleinen Zeitung vom 17. 04. 2014 wird auf verschiedene Missstände in und bei Fußgeherunterführungen aufmerksam gemacht. „Finster, verdreckt und nicht barrierefrei“ waren dabei die Schlagworte.

In meiner Frage geht es nun konkret um die Fußgeherunterführung in der Wiener Straße, die den Kalvariengürtel mit der Peter-Tunner-Straße und der Babenbergerstraße verbindet. Mangelhafte Beleuchtung, die z. T. auch kaputt ist, mitunter fehlende Handläufe und dunkle Farbgebung sind nicht gerade einladend.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs richte ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat Eustacchio, folgende

Frage:

Sind Sie bereit, die genannten Missstände bei der Fußgeherunterführung Wiener Straße/Peter-Tunner-Straße/Kalvariengürtel umgehend beheben zu lassen?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. **Andreas Fabisch**

Donnerstag, 15. Mai 2014

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: **Weinstock Körösisubn**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Die Körösisubn, entstanden vor mehr als 200 Jahren, ist eine der letzten Zeuginnen des Lebens und der Baukultur eines typischen Grazer Vorstadtviertels.

Den Gastgarten der Körösisubn schmückt darüber hinaus ein uralter Weinstock. Seit 2007 darf er amtlich als Naturdenkmal bezeichnet werden.

Der Charakter dieses Viertels ist durch Abbruch und Hochbau schon stark verändert worden. Nun muss das auch Gebäude in der Körösisstraße 36 einem Bauprojekt weichen. Stammgäste und Bewohner des Viertels fordern nun zumindest den Erhalt des uralten Weinstocks ein.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Was werden Sie unternehmen, um den Erhalt des Weinstocks zu gewährleisten?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Elke Heinrichs

Donnerstag, 15. Mai 2014

Anfrage

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: Lärmampeln/Lärm-Hotline

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

In Ballungszentren, wie z.B. städtischen Gemeinden, lebt und arbeitet man gewissermaßen in einem Pool von andauernden akustischen Ereignissen, die sich zunehmend in bedenklicher Weise auf die menschliche Gesundheit auswirken. Sich von diesbezüglichen Strapazen durch ruhiges Wohnen erholen zu können, ist für die allermeisten von uns bekanntlich unbezahlbar.

Darüber nachzudenken, wie zunehmendes Lärmgeschehen eingeschränkt werden könnte, ist mir ein besonders wichtiges Anliegen. Man gewinnt nämlich den Eindruck, dass sowohl das Lärmerzeugen als auch das Zulassen desselben als natürliches Bürgerrecht angesehen wird!

Die Idee, Lärmampeln zu installieren, ist keine neue. Es wurden meines Wissens in Schulen bereits Versuche damit angestellt. Im Sinne positiven Anreizschaffens wäre es sinnvoll, der Gesundheitsgefährdung durch dauernde Lärmbelastung zu begegnen, indem auch im öffentlichen Raum auf ansteigenden bzw. überhöhten Lärm hingewiesen wird.

Ich denke dabei an die freundlichen Emoticons der Geschwindigkeitsanzeigen an den Verkehrswegen (reduzierte Geschwindigkeit bedeutet ebenfalls weniger Lärm).

Eine weitere Idee wäre die Einrichtung einer Lärm-Hotline:

Auf diese Weise könnten wir mit der persönlichen Rückmeldung unserer betroffenen Mitbürger rechnen, wobei gleichzeitig die Chance besteht, dass neue Ideen zur Lärmbekämpfung einfließen.

Lärm zu vermeiden bedeutet respektvollen Umgang miteinander.

Bereits am 13. 6. 2013 habe ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, eine Anfrage betreffend die Einrichtung einer Lärm-Hotline sowie die Installation von Lärmampeln gestellt. Leider ist es Ihnen bisher nicht gelungen, diese Anfrage zu beantworten.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs noch einmal an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage

Sind Sie bereit, gemeinsam mit dem Umweltreferat und anderen zuständigen Stellen bei der Stadt Graz der Gesundheitsgefährdung durch dauernde Lärmbelastung durch die Installation von Lärmampeln sowie die Einrichtung einer Lärm-Hotline zu begegnen?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. Robert Krotzer

Donnerstag, 15. Mai 2014

Anfrage

an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Betrifft: Zwangsarbeitslager Liebenau

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Tageszeitung „Der Standard“ schrieb in Ihrer Ausgabe vom 29. April 2014 über das Zwangsarbeitslager Liebenau:

„7000 bis 8000 ungarische Juden wurden 1945 durch die Steiermark nach Graz getrieben, wo sie kurzfristig in das Lager Liebenau gesperrt wurden, ehe sie ihren Marsch nach Auschwitz fortsetzen sollten. Vielen von ihnen starben an Erschöpfung, Unterernährung. Sie wurden massakriert, erschossen und vor Ort verscharrt. Rund 60 Leichen wurden nach dem Krieg exhumiert, 1947 wurden zwei Lagerleiter zum Tode verurteilt. Seither verschwand das Liebenauer Lager aus dem kollektiven Bewusstsein.“

Bis heute fehlt eine umfassende Aufarbeitung der Geschehnisse im Zwangsarbeitslager Liebenau. Für Graz als „Stadt der Menschenrechte“ ist die Tabuisierung von und Nicht-Auseinandersetzung mit NS-Verbrechen, die in der Stadt stattgefunden haben, ein unwürdiger Zustand, der nach langen Jahren des Schweigens endlich überwunden werden muss.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage

Welche Maßnahmen plant die Stadt Graz:

- 1) zur lückenlosen Aufarbeitung und historischen Erforschung der NS-Verbrechen im Zwangsarbeitslager Liebenau?
- 2) Zur Aufklärung hinsichtlich der Fortsetzung der Bauarbeiten zur Errichtung eines Schutzkellers beim Neubau des Kindergartens Andersengasse Nr. 49, obwohl an dieser

Stelle am 5. April 1991 die sterblichen Überreste von zwei Opfern des NS-Lagers geborgen wurden

- 3) hinsichtlich einer offiziellen Gedenkfeier im April 2015 anlässlich des 70. Jahrestages der Verbrechen im Zwangsarbeitslager Liebenau?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

15. Mai 2014

Antrag

Betrifft: **Linie 39 - Bushaltestelle Feldgasse**

Die Bushaltestelle der Linie 39 in der Feldgasse wurde eingestellt, da in Zukunft nur mehr Großraumbusse eingesetzt werden sollen, welche aus verkehrstechnischen Gründen nicht mehr durch die Feldgasse fahren können. In diesem Zusammenhang hat man weder an den Heimgarten „Rosengarten“ gedacht, zu welchem viele betagte Personen fahren, noch an die Personen der großen Siedlung in der Feldgasse, wo auch gehbehinderte Personen wohnen, noch an Familien mit Kleinkindern. Auch auf die Wohngegend rund um die Amselgasse wird keine Rücksicht genommen. Bürgerservice im Öffentlichen Verkehr wird immer groß geschrieben, doch in diesem Fall wird es massiv schlechter.

Ein Vorschlag wäre, die Linie 39 wie bisher über die Feldgasse weiterzuführen, und zwar bis zum Jakominiplatz und wieder retour. Ab Jakominiplatz könnte ein Gelenkbus bis zur Mensa eingesetzt werden.

Deshalb stelle ich namens der KPÖ – Fraktion des Grazer Gemeinderates hiermit folgenden

ANTRAG:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden gebeten, sich bei der Holding Graz dafür einzusetzen, dass die Buslinie 39 wieder so geführt wird, wie sie davor – zur Zufriedenheit der Bevölkerung – geführt wurde.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

15. Mai 2014

Antrag

Betrifft: Wiederherstellung eines Gehwegs Am Lindenhof – Mariatrosterstraße

Die einst existierende Direktverbindung des Lindenhofs in die Mariatrosterstraße wurde vor einigen Jahren durch eine private Verbauung beendet. Dieser Umstand verstört nicht nur Spaziergänger immer wieder – am stärksten betroffen sind wohl die Am Lindenhof bzw. Am Dominikanergrund lebenden Schülerinnen und Schüler der Schule St. Johann (bzw. deren Eltern).

Auch der Zugang zur Straßenbahn bleibt so versperrt.

So verbleibt als einzige Direktverbindung ein als unsicher erlebter Waldpfad, sofern nicht ein gewaltiger Umweg in Kauf genommen werden soll.

Es ist Zeit, diesen alten Planungsfehler der Stadt rasch durch eine konsensuale Lösung zu korrigieren. Mein Antrag vom Februar vergangenen Jahres wurde bis heute weder erledigt noch beantwortet.

Deshalb stelle ich namens der KPÖ – Fraktion des Grazer Gemeinderates hiermit folgenden

ANTRAG:

Die betreffenden Stellen der Stadt Graz treten an den am Fuße des Weges Am Lindenhof positionierten Grundeigentümer heran, um eine Lösung zu finden, die eine Durchwegung für Fußgänger/innen und Radfahrer/innen wieder ermöglicht.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

15. Mai 2014

Antrag

Betrifft: **Keine Durchquerung des Hofbauerplatzes für private PKWs**

Der Bauernmarkt am Hofbauerplatz in Eggenberg ist bei den BewohnerInnen des Bezirks äußerst beliebt.

Zwar ist die Durchquerung des Platzes auf dem asphaltierten Weg nur MarktbesucherInnen erlaubt, trotzdem versuchen auch Lenkerinnen und Lenker privater Kraftfahrzeuge – trotz Verbots - ebendort Parkplätze zu finden. Dies führt vielfach zu großem Unmut bei Marktbesuchern und -besucherinnen und mitunter auch zu nicht ungefährlichen Situationen.

Eine Absperrung durch rollende Blumenkästen könnte die Situation deutlich verbessern.

Deshalb stelle ich namens der KPÖ – Fraktion des Grazer Gemeinderates hiermit folgenden

ANTRAG:

Die betreffenden Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, eine Lösung im Sinne des Motivenberichts herbeizuführen.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

15. 5. 2014

Betrifft: Annenstraße - Taxis sollen auch stadtauswärts fahren dürfen!

Mit der Neugestaltung der Annenstraße wurde auch ein neues, beruhigtes Verkehrskonzept umgesetzt. So darf der Individualverkehr nun lediglich ostwärts durch die Annenstraße rollen. Westwärts hingegen ist das nur mehr den AnrainerInnen, dem Zustellverkehr zu den Wirtschaftstreibenden und den Öffis erlaubt. Nun häufen sich die Beschwerden aus der Bevölkerung. Will man nämlich mit dem Taxi in die Annenstraße fahren, so ist dies nur stadteinwärts erlaubt. Fährt ein Taxi jedoch in die andere Richtung, wird abgestraft.

Viele, vor allem ältere und deshalb nicht mehr so mobile, Menschen, sind jedoch sehr oft auf Taxis angewiesen. Der Umweg, den die Taxis dann nehmen müssen, macht die Fahrten oft empfindlich teurer. Es wäre deshalb auch nur logisch, den Taxis zu ermöglichen, in der Annenstraße auch stadtauswärts zu fahren. Auch wenn im ursprünglich beschlossenen Verkehrskonzept der Annenstraße diese Regelung nicht vorgesehen war, ist es nicht einsehbar, dass die Zufahrt in beiden Richtungen für Taxis nicht ermöglicht werden kann, zumal diese zur Fahrgastbeschleunigung ja auch die externen zahlreichen Busspuren auf Grazer Stadtgebiet mitbenutzen dürfen.

Ich stelle deshalb namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g:

Die zuständigen Stellen des Magistrats und der Herr Verkehrsreferent werden ersucht, wie im Motivenbericht erläutert zu prüfen, ob für Taxis ein Zufahren in die Annenstraße in beiden Richtungen ermöglicht werden kann.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

15. 5. 2014

A n t r a g

Betrifft: Bahnübergänge Trattfelder Straße und Abstaller Straße dürfen nicht geschlossen werden

Das Land Steiermark plant eine Reduktion an Bahnübergängen. Davon betroffen auf Grazer Stadtgebiet sind auch die sehr stark von Fußgeher- und RadfahrerInnen frequentierten Bahnübergänge Abstaller Straße und Trattfelder Strasse. Eine Mitteilung der Graz-Köflach-Bahn, einen der beiden Bahnübergänge zu sperren, hatte ja bereits im Vorjahr heftige Diskussionen und Reaktionen aus Bevölkerung und Politik ausgelöst.

Sehr viele besorgte AnrainerInnen sind damals auch an mich herangetreten, damit sich die Politik gegen die drohende Sperre der Bahnübergänge einsetzt, zählen sie doch zu den für Fußgänger- und RadfahrerInnen wichtigsten Ost-West-Verbindungen auf Grazer Stadtgebiet. Angebunden wird nicht nur das Naherholungsgebiet rund um das Schloss St. Martin im Westen und den Einkaufszentren im nahegelegenen Osten. Auch stellen die Übergänge eine sehr wichtige Verbindung zu nahegelegenen Schulen und Kindergärten sowie zu Horteinrichtungen dar. Eine Sperre der Bahnübergänge würde damit einen enorm langen, für die vielen Anrainer- und SchülerInnen unzumutbaren Umweg über gefährliche Hauptverkehrsrouten zur Folge haben.

Nach einem Antrag von mir im Februar letzten Jahres hatte die Stadt Graz sich auch gegenüber der GKB und Land Steiermark gegen eine Schließung ausgesprochen und die GKB aufgefordert, entsprechende Planungen zur Aufrechterhaltung der beiden Eisenbahnkreuzungen auszuarbeiten. Doch die Bedürfnisse der Stadt Graz wurden offenbar schlichtweg ignoriert.

Das Argument von Land Steiermark und der GKB, dass aufgrund neuer Sicherheitsbestimmungen ein bestimmter Bahnweg einsehbar und der Übergang auch gesichert sein muss, lasse ich bei den beiden Bahnübergängen nicht gelten, da beide Kriterien schon seit Jahren erfüllt sind! **Aber jetzt geht das Spiel anscheinend wieder von vorne los. Und das ist eigentlich eine Ungeheuerlichkeit auf Kosten der BürgerInnen.** Dabei hätte die Stadt Graz lt. Auskunft des Verkehrsreferates bereits runde 600.000 Euro zur weiteren Absicherung bereitgestellt und reserviert!

Ich stelle deshalb namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Der zuständige Verkehrsreferent und die zuständigen Stellen des Magistrats werden ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe mit den Verantwortlichen des Landes Steiermark und der GKB Kontakt aufzunehmen, um zu prüfen, ob eine für alle Betroffenen geeignete Lösung zum Erhalt der beiden immens wichtigen GKB-Bahnübergänge Trattfelder Straße und Abstaller Straße herbeigeführt werden kann.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 15. Mai 2014

A n t r a g

Betrifft: Kindermannngasse – Einbahnführung in Richtung Lazarettgasse

Die Kindermannngasse wird zwischen Lazarettgasse und Josef-Huber-Gasse als Straße mit zwei Fahrspuren im Gegenverkehr geführt. Nach der Verbreiterung des Gehsteiges in diesem Bereich ist die Kindermannngasse nun jedoch viel zu schmal für zwei Fahrbahnen mit Gegenverkehr. In der Gasse sind beidseitige Parkstreifen, welche jedoch für die BewohnerInnen und für die BesucherInnen der beiden türkischen Kulturzentren sehr wichtig und notwendig sind. Auch wird die Kindermannngasse nach der Busspurverbreiterung in der Josef-Huber-Gasse als Durchfahrtsstrasse vermehrt benützt, von vielen leider mit viel zu hoher Geschwindigkeit.

Zur Lösung dieses großen Problems kam nun die Bezirksvertretung gemeinsam mit den AnrainerInnen zum Ergebnis, dass die Kindermannngasse von der Josef Huber Gasse kommend in Richtung Lazarettgasse als Einbahn geführt werden sollte. Somit könnten einerseits die Parkplätze erhalten bleiben, andererseits würde dadurch der gefährliche Schleichwegverkehr verhindert.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständige Stelle des Magistrats und der politisch zuständige Verkehrsreferent werden ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe zu prüfen, ob eine Einbahnführung der Kindermannngasse von der Josef-Huber-Gasse in Richtung Lazarettgasse rasch als Entlastung für die vielen AnrainerInnen eingerichtet werden kann.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

15. 5. 2014

A n t r a g

Betrifft: **Plabutsch - vergessene Naherholung**

Wanderrouuten müssen offen bleiben, ein Naherholungskonzept tut not

Als Natur Erlebnis Park wird von der Stadt Graz das Gebiet rund um den Plabutsch bis zum Buchkogel und Florianiberg angepriesen. Zahlreiche Wanderwege, welche von den alpinen Vereinen ehrenamtlich betreut und mit großem Aufwand instandgehalten werden, geben den Wanderern die Möglichkeit zur Naherholung. Auch Biker haben da die Möglichkeit, teilweise geöffnete Wege zu benützen, im Einklang mit der Natur.

Leider kommt es immer öfter vor, dass Private Verbotstafeln aufstellen. So gesehen in Richtung Kernstockwarte und in Richtung Jägersteig über die Tunnellüftung in Richtung Fürstenstand. Da müsste die Stadt Graz aktiv werden und die ausgewiesenen Wanderrouuten regelmäßig kontrollieren. Denn Wanderwege müssten ohne Hindernisse und Verbotsschilder ungehindert passierbar bleiben.

Auch an einer Attraktivierung des Naherholungsangebotes für die GrazerInnen rund um den Plabutsch wäre zu arbeiten. So könnte durchaus die mittlerweile leider verworfene Idee eines Liftes über die Nordtrasse wieder ins Spiel gebracht werden. Damit könnte auch für sozial schwächere BürgerInnen ein Angebot zum Erlernen des Schifahrens mittels Schipiste kostengünstig geschaffen werden. Auch Trendsportarten wie „downhill bike“ oder „freeclimbing“ etc. könnten in ein attraktives Naherholungskonzept eingebunden werden.

Ich stelle deshalb namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g:

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden ersucht, wie im Motivenbericht erläutert, eine regelmäßige Kontrolle von offiziell ausgewiesenen Wanderwegen rund um den Plabutsch, den Buchkogel und bis zum Florianiberg durchzuführen, um die Rechtmäßigkeit eventuell von Privaten aufgestellter Verbotstafeln zu überprüfen und zu veranlassen, dass unrechtmäßig errichtete Verbotstafeln entfernt werden. Auch ergeht an die zuständigen Stellen des Magistrates das Ersuchen zu prüfen, ob ein attraktives und innovatives Naherholungskonzept rund um den Plabutsch bis zum Buchkogel und Florianiberg geschaffen werden könnte.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Martina Thomüller

Donnerstag, 15. 5. 2014

Antrag

Betrifft: **Öffnungszeiten bei öffentlichen WC Anlagen in Graz**

Für viel Menschen in der Stadt ist es einfach unverständlich, dass die WC Anlagen in Graz um 22 Uhr zusperren müssen.

Zum Beispiel für die vielen hundert Taxifahrer*innen, die nachts unterwegs sind und uns sicher nach Hause bringen, ist das Klogehen nachts ein Spießrutenlauf. Oder wenn die Bewohner*innen der Stadt einmal länger im Park sitzen – besonders im Sommer ist das häufig der Fall - bleibt ihnen oftmals nichts anderes übrig, als neben den versperrten Toiletten verschämt hinter die Büsche in den Rasen zu pinkeln. Ähnliches spielt sich auch am Hauptbahnhof ab. Da die ÖBB für die WC-Benützung 50 Cent verlangen, gehen viele Menschen, die das passende Kleingeld einfach nicht haben, in den angrenzenden Park. Dies ist für alle Beteiligten eine unangenehme Sache.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz werden damit beauftragt, die öffentlichen WC Anlagen nachts (von 22 Uhr bis 6 Uhr morgens) unentgeltlich geöffnet zu lassen bzw. nicht zu versperren.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin **Elke Heinrichs**

Donnerstag, 15. 5. 2014

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Maßnahmen zur Lärmbekämpfung

Am 30. April haben wir den „Tag gegen Lärm“ begangen. Zum Thema Lärm und dessen Auswirkungen auf Befinden bzw. Gesundheitszustand gibt es zahllose Studien, die allesamt zum Ergebnis haben, dass Lärm unbestrittenerweise ein deutlicher Krankheitsfaktor ist.

Nicht nur das Gehörorgan selbst, sondern das Gesamtbefinden des Menschen wird durch Lärm beeinträchtigt, bzw. der dem Lärm ungeschützt ausgesetzte Mensch wird zum Patienten, welcher Schaden nimmt. – In diesem Zusammenhang entstehen selbstverständlich Kosten!

Lärm gilt neben der Luftverschmutzung als zweitgrößtes umweltbedingtes Gesundheitsrisiko.

Dem Lärm sind wir in vielerlei Hinsicht ausgesetzt, was auch die diversen Zuständigkeitsbereiche erklärt und dem zufolge gibt es auch so große Schwierigkeiten, die Lärmproblematik in den Griff zu bekommen.

In der Ausgabe vom 29. April 2014 berichtet der VCÖ, dass der Verkehr das mit Abstand größte Lärmproblem in Österreich darstellt, gefolgt von zu lauten Nachbarn!

(Hauptquelle für Lärm im Wohnbereich – Anzahl der Personen über 15 Jahren: Verkehrslärm: 1.750.000; Nachbarwohnung: 469.500 - Quelle: Statistik Austria, VCÖ 2014)

Laut telefonischer Auskunft des Veranstaltungsreferates gibt es neben den fix eingerichteten Lärmmessgeräten am Hauptplatz, Karmeliterplatz und Tummelplatz (wobei der Karmeliterplatz seit September 2011 nicht aktiv ist) bei der Bau- und Anlagenbehörde ein zusätzliches mobiles Lärmmessgerät. Dieses Gerät kann leider nicht zum Einsatz kommen, da weder Personal zur Bedienung vorgesehen ist, noch zusätzliche Überstunden in dem Zusammenhang bezahlt werden.

Ergeht beispielsweise während einer zu lauten Veranstaltung eine Anzeige bei der Polizei, so kann diese gar nicht selber messen, sondern müsste bei der A17 um Überprüfung ersuchen, was

unter den gegebenen Umständen (siehe Personalressourcen, kein Nacht- oder Bereitschaftsdienst) aber unrealistisch ist.

Der Kleinen Zeitung vom 7. April 2014, online entnehmen wir, dass auch unser Herr Bürgermeister S. Nagl das Lärm-Thema mit seinen erdrückenden Auswirkungen im Auge hat, indem er für das kommende Jahr 2015 schon jetzt die Frage stellt: „Wie können wir in Zeiten wie diesen Graz leiser machen?“

In diesem Zusammenhang sei auch noch auf die bestehende Immissionsschutzverordnung der Stadt Graz aus dem Jahre 1998 hingewiesen, welche mit Sicherheit zu überholen, zu präzisieren bzw. zu verschärfen ist, denn den vom Lärm betroffenen Menschen wird es sehr schwer gemacht, für die Ruhe, die jedem zusteht, überhaupt einzutreten..

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der Gemeinderat möge beschließen:

- 1. Die Immissionsschutzverordnung zum Schutz gegen Lärm und damit zum Schutze der Bevölkerung als eine Grundlage der Stadt soll durch die zuständige Behörde im Sinne des Motivenberichtes überarbeitet werden.**
- 2. Es ist zu prüfen, ob bzw. wie die notwendigen Ressourcen bei der A 17 geschaffen werden können, um eine regelmäßige Überprüfung von Veranstaltungslärm im öffentlichen Raum gewährleisten zu können. Außerdem sind Überlegungen anzustellen, wie eine unmittelbare Lärmüberprüfung im Anlassfall (z. B. bei polizeilicher Anzeige) ermöglicht werden kann, um Verstöße entsprechend ahnden zu können.**



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. Robert Krotzer

Donnerstag, 15. Mai 2014

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP/TAFTA)

Unter dem sperrigen Begriff Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) wird gegenwärtig von der EU-Kommission und der US-Regierung hinter verschlossenen Türen ein sogenanntes Freihandelsabkommen verhandelt, das es in sich hat. Wenngleich von offizieller Seite behauptet wird, dieses Abkommen diene dem Wirtschaftswachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen, wird bei näherer Betrachtung der Verhandlungsmaterie rasch klar, dass im Interesse von sozialen Standards, ArbeiterInnenrechten, öffentlichem Eigentum, Umweltauflagen, VerbraucherInnen- und Datenschutz, ökonomischer Entwicklung und demokratischer Kontrolle höchste Vorsicht geboten ist.

Das Abkommen zielt nämlich auf eine Angleichung von Gesetzen und Regelungen in den Wirtschaftsregionen EU und USA (vor allem sogenannte Nichttarifäre Handelsbeschränkungen) ab. Dies würde eine Negativspirale bei Sozial- und Umweltstandards auslösen sowie in Form eines sogenannten Investitionsschutzes die Macht der Konzerne weiter stärken, welche Staaten aufgrund nationaler Bestimmungen zu Löhnen, Arbeits- und Gewerkschaftsrechten oder Umweltauflagen klagen könnten. Da die Standards in Europa durch den Einsatz von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen oder NGOs wesentlich höher sind als in den USA, würden diese durch eine Angleichung an die US-amerikanischen Standards geradezu unter die neoliberale Dampfwalze geraten, was konkret folgende Punkte betreffen würde:

Soziale Standards und ArbeiterInnenrechte:

Die USA haben gerade einmal zwei von acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) unterzeichnet. Diese Kernarbeitsnormen sind als „qualitative Sozialstandards“ und grundlegende Arbeitsrechte international anerkannt. Sie beinhalten unter anderem das Recht auf Arbeit, auf gerechte und günstige Arbeitsbedingungen, auf einen Zusammenschluss in Gewerkschaften und das Streikrecht, außerdem das Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit. Die Normen beinhalten auch das Recht auf gleiche Bezahlung von Frauen und Männern sowie den Schutz vor Diskriminierung. Darüber hinaus konnten in vielen europäischen

Staaten auch „quantitative Sozialstandards“ durchgesetzt werden, die Regelungen über Arbeitszeit und Urlaub, Mindestlöhne, Arbeitsschutzbestimmungen und betriebliche Mitwirkungsrechte umfassen. Mit Abschluss des Freihandelsabkommens könnten all diese Rechte als sogenannte Handelshemmnisse gelten und durch Klagen von Konzernen zu Fall gebracht werden.

Öffentliches Eigentum und Investitionen:

Die Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsverbandes für den Öffentlichen Dienst, Carola Fischbach-Pyttel, betont, dass das Freihandelsabkommen TTIP multinationalen Konzernen Tür und Tor für weiteren Privatisierungsdruck öffnen würde: *„Öffentliche Dienstleistungen wie Verkehr, Gesundheit, Soziale Dienste und Wasserversorgung dürfen nicht zum Spielball von Industrieriesen werden. Will man keinen Qualitätsverlust, dann müssen sie in der öffentlichen Hand bleiben“*, fordert Fischbach-Pyttel. Bei öffentlichen Investitionen wiederum sollen durch TTIP alle Schranken fallen, wodurch soziale und ökologische Aspekte nur noch sehr eingeschränkt bei der Auftragsvergabe berücksichtigt würden.

Lebensmittelgesetze und Gesundheitsstandards:

Während in Europa beispielsweise gentechnisch veränderte Lebensmittel gekennzeichnet werden müssen beziehungsweise vielfach verboten sind, sind in den USA 90 Prozent des verwendeten Mais, der Sojabohnen oder der Zuckerrüben gentechnisch verändert. Die Umweltorganisation Greenpeace stellt zu den Absichten der Lebensmittel-Konzerne im Rahmen von TTIP fest: *„Aus Sicht von US-Konzernen stellen nicht nur Importverbote für mit Chlor desinfiziertes Hühnerfleisch, Klon- und Hormonfleisch ‚Handelshemmnisse‘ dar. Auch die in Europa stockenden Zulassungsverfahren und strengere Kennzeichnungspflicht für genmanipulierte Lebensmittel sind mächtigen US-Konzernen ein Dorn im Auge.“* Durch TTIP sollen diese „Handelshemmnisse“ auf Kosten von VerbraucherInnenschutz und Gesundheit geschleift werden.

Finanzsektor:

Unter dem Eindruck der weltweiten Wirtschaftskrise wurden in den vergangenen Monaten und Jahren wenngleich sehr bescheidene und unzureichende, aber doch Regulierungen für den Finanzsektor beschlossen. Auch diese sollen durch TTIP erneut aufgeweicht werden, im Kapitel Finanzdienstleistungen setzen die EU- und US-Verhandlungsdelegationen auf Liberalisierung und Deregulierung: So soll nicht nur ein Verbot von riskanten Finanzprodukten und Dienstleistungen ausgeschlossen werden, sondern auch die Anfechtbarkeit einschränkender Gesetze beschlossen werden. Der Ökonom Michael R. Krätke schrieb dazu: *„Die Ironie der Geschichte: In den USA gelten im Moment noch striktere Finanzmarktregeln als in Europa. Wenn alle Dienstleistungssektoren ‚liberalisiert‘ werden sollen, gilt das selbstverständlich auch für die Finanzdienstleistungen. Folglich steht uns eine seltsame Allianz der Finanzmarktderegulierer ins Haus, die die gerade erst begonnene Reregulierung von Banken und Finanzmärkten mit Elan wieder zurückdrehen werden – die Lobbyisten der britischen ‚Finanzindustrie‘ an der Spitze der Bewegung.“*

Datenschutz:

An den Verhandlungen beteiligt ist auch die sogenannten „Digital Trade Coalition“, eine anonyme Lobby-Koalition von Internet- und IT-Unternehmen, die auf die Beseitigung von EU-Datenschutzregelungen bezüglich des Abflusses persönlicher Daten in die USA abzielt. Diese Lobby bezeichnete die aktuelle Einschätzung der EU, dass die USA keinen angemessenen Schutz der Privatsphäre gewährleisten würde, als „nicht einsichtig“. Mit dem mächtigen U.S. Council for International Business (USCIB) warnte eine Einrichtung vor überzogenen Sicherheits- und Privatsphäre-Klauseln im TTIP-Abkommen. Dem USCIB gehören Unternehmen an, die massenhaft personenbezogene Daten an die NSA abliefern.

Klimapolitik:

Airlines for America, der größte Verband der US-Flugbranche, publiziert eine Liste "unnötiger Vorschriften, die unsere Branche erheblich behindern"- und die man über die transatlantischen Verhandlungen abschaffen will. An der Spitze dieser Liste steht das wichtigste Instrument der Europäer in Sachen Klimawandel, das EU-Emissionshandelssystem. Mittels des Emissionshandels sollen Fluggesellschaften gezwungen werden, für die von ihnen verursachten CO(2)-Emissionen zu zahlen. Airlines for America sieht in diesem System ein "Fortschritthindernis" und will erreichen, dass die Einbeziehung der Fluggesellschaften von Nicht-EU-Ländern in dieses System, die von der EU derzeit ausgesetzt ist, endgültig vom Tisch kommt.

Demokratie vs. Schlichtungsregime:

Schon die Verhandlungen zum TTIP-Abkommen sprechen allen demokratischen Standards Hohn: Die Verhandlungsdokumente sind geheim, das ohnehin über äußerst geringe Befugnisse verfügende EU-Parlament wird lediglich informiert und ist zur Geheimhaltung verpflichtet, während nationale Parlamente nicht eingebunden und meistens nicht einmal informiert werden. Dagegen werden große Konzerne von der Europäischen Kommission hofiert, die EU-Kommission bestätigte durch die Veröffentlichung einer Liste von Treffen mit „Stakeholdern“, dass im Vorfeld der Verhandlungen 93 Prozent der Gespräche mit VertreterInnen von Großkonzernen und deren Lobbys stattfanden.

Besonders brisant ist darüber hinaus die geplante Einrichtung von Schiedsgerichten, die es einzelnen Konzernen ermöglichen sollen, einem Staat gewissermaßen auf Augenhöhe entgegenzutreten. Diese Schiedsgerichte wären unter Aufsicht der Weltbank und der UNO organisiert und könnten staatliche Entschädigungszahlungen in Milliardenhöhe anordnen, wenn sie befinden, dass die Politik oder bestimmte Maßnahmen einer Regierung die *"erwarteten künftigen Profite"* eines Unternehmens schmälern. *„Dieses Schlichtungsregime macht klar, dass die Rechte von Unternehmen höherwertig sein sollen als die Souveränität von Staaten. Es würde Unternehmen ermächtigen, die Regierung der USA oder eines EU-Staats vor ein außergerichtliches Tribunal zu zerren. Und zwar mit dem schlichten Argument, dass die Gesundheits-, Finanz- oder Umweltpolitik dieser Regierung ihre Investorenrechte beeinträchtigt“*, schrieb dazu die französische Monatszeitung für internationale Politik, Le Monde diplomatique.

Die aufgelisteten Punkte machen offensichtlich, dass das geplante Freihandelsabkommen TTIP eine große Bedrohung für soziale Standards, ArbeiterInnenrechte, öffentliches Eigentum, Umweltauflagen, VerbraucherInnen- und Datenschutz, ökonomische Entwicklung und demokratische Kontrolle darstellt. Auch die Stadt Graz und ihre Bevölkerung wären davon betroffen, da ein solches Abkommen nicht nur die nationalen Regierungen, sondern auch die Kommunalverwaltungen verpflichten würde, ihre gesamte Politik dem Regelwerk des TTIP-Vertrages anzupassen und auch Lebensstandard und –qualität sowie Arbeitsbedingungen der GrazerInnen betroffen wären. Während selbst TTIP-befürwortende Wirtschaftsstudien wie jene des *European Center for International Political Economy* von statistisch irrelevanten BIP-Zuwächsen im Promillebereich ausgehen, stehen auf der anderen Seite soziale und demokratische Rechte sowie Umweltschutz auf dem Spiel, die durch einen hemmungslosen Neoliberalismus den Profitinteressen der großen Konzerne geopfert werden sollen. Die Stadt Graz wäre daher gut beraten, sich gegen das Freihandelsabkommen TTIP auszusprechen, das von der US-Handelsrechtsexpertin Lori Wallach zurecht als „große Unterwerfung“ der Teilnehmerstaaten unter die Interessen von Großkonzernen und als „Staatsstreich in Zeitlupe“ bezeichnet wird.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gem. § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Die Stadt Graz fordert die österreichische Bundesregierung auf, sich gegen das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA auszusprechen, die Europäische Kommission zu einem sofortigen Abbruch der Verhandlungen zu drängen und die Verhandlungsdokumente offenzulegen.